

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,25 und 1,50 Besterleibhaber, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1,95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Beilagen 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 187.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 12. August 1930.

12. Jahrgang.

Es prallt der Ball zurück, den deine Hand
Geschleudert hat an eine Wand.
So wirfst du meist aufs eigne Haupt den Schaden,
Den du dem Nächsten zugehast, dir laden.

Indischer Spruch.

Zur Klärung der Lage.

Der „Aufwärts“ hat eine große Gemeinde fleißiger Mitarbeiter, die zu den verschiedensten Fragen Stellung nehmen. Auch die gegenwärtige politische Lage hat vielen die Feder in die Hand gedrückt, um all das Für und Wider zu erörtern, welches sich an den Namen Hugenberg oder an die Parteigründungen der letzten Wochen knüpft. Unter diesen Mitarbeitern gibt es einige, die nach bestimmten Gesichtspunkten an die Erörterung der zur Diskussion stehenden Fragen herangehen und dabei in irgendeiner Form leicht übers Ziel hinausschießen. Das ruft wiederum andere auf den Plan, so daß die verehrte „Aufwärts“-Redaktion sich sicherlich in keiner beneidenswerten Situation befindet, um so mehr, da der „Aufwärts“ einen überparteilichen Charakter trägt. Wir wollen daher den Versuch unternehmen, durch einen Rückblick auf die letzten 10 Jahre eine Klärung zu finden für das Verhalten derer, die augenblicklich im Vordergrund des politischen Interesses stehen, wobei versucht werden soll, Freund und Gegner gerecht zu werden.

Als im Jahre 1919 die Volksbeauftragten die Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieben, ging durch unser Volk, durch die Auswirkungen des Krieges müde gemacht, eine starke Neigung, sich den mehr oder weniger radikalen Linksparteien anzuschließen. Die Auffassung führender Männer war, daß dieser Linksorientierung gegenüber die alten Parteien nicht standhalten würden. Die Folge war auch hier eine Neuorientierung, indem die Rechtsparteien sich in der Deutschen Nationalen Volkspartei zusammenschlossen, während der nationalliberale Führer Dr. Stresemann die Deutsche Volkspartei gründete. Der Ausfall der Wahlen ergab einen unverminderten Bestand des Zentrums, eine starke Mandatsvermehrung der Demokratischen Volkspartei und der beiden sozialistischen Parteien, während die beiden Rechtsparteien mit ungefähr 60 Mandaten aus dem Wahlkampf hervorgingen und die Opposition von rechts darstellten. Die Reichsregierung wurde gebildet aus der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, die über eine große Mehrheit verfügten.

Es soll hier nicht im einzelnen aufgeführt werden, was die Weimarer Koalition auf ihr Gewissen geladen hat (Friedensschluß von Versailles usw.). Die wirtschaftspolitischen Gesetze, welche die neue Regierung unter Führung der talentvollsten, auf Sozialisierung bedachten Sozialdemokratie schuf, bewirkten das Gegenteil von dem, was jene Volksvertreter dem erwartungsvollen Volke versprochen hatten. In Wirklichkeit wurde der Grundstein gelegt zu der unheilvollen Entwicklung, die wir heute mit aller Deutlichkeit vor Augen haben.

Als die nächsten Wahlen eine starke Entwicklung nach rechts brachten und die Weimarer Koalition nicht mehr unbedingt gesichert erschien, war Gustav Stresemann der erste, der mit seinen Getreuen die Rechtsfront verließ, und mit den Parteien der Weimarer Koalition eine breitere Regierungsbasis schuf. Von diesem Zeitpunkt ab gab Stresemann, einmal als Reichskanzler, viele Jahre hindurch aber als Außenminister, der auswärtigen Politik das Gepräge. Er war eine lebhaft umstrittene Persönlichkeit. Die Rechte machte ihm den Vorwurf, daß er zu sehr Erfüllungspolitik sei, während er den Sozialdemokraten dem Ausland gegenüber noch nicht in allen Fällen nachgiebig genug war. Gustav Stresemann ist tot! Da soll man, ohne daß man sein Freund zu sein braucht und ohne daß man sein Wirken als einen allzu großen Segen für unser Vaterland empfindet, ihm gegenüber doch gerecht sein und zum mindesten anerkennen, daß er das Beste für Volk und Vaterland gewollt hat. Wenn man seine Erfolge als unzulänglich bezeichnet, dann darf allerdings die ungeheuer schwierige Lage nicht übersehen werden, in der sich Deutschlands Außenminister befand. Wir billigen längst nicht alle seine Taten, werfen aber die Frage auf: Was soll ein Außenminister im Verhandeln mit seinen übermächtigen Gegnern erreichen können, wenn er selber keine Macht hinter sich hat? Trotz dieser Anerkennung muß zum Ausdruck gebracht werden, daß alle die Verhandlungen von Versailles über London, Locarno und Genf bis hin zum Haag mit dem Youngplan uns in die heutige schreckliche Lage gebracht

und in ihren Auswirkungen das Elend heraufbeschworen haben, welches heute in Deutschland allseitig bejammert wird. Stresemanns Stützen waren die Parteien der Weimarer Koalition und die Deutsche Volkspartei, während er von rechts und von der äußersten Linken gegen eine starke Opposition kämpfen mußte. Das muß festgehalten werden.

Die große Koalition hat dann, von zwei kurzen Unterbrechungen (1925 und 1928) abgesehen, den Gang der deutschen Politik auf den verschiedensten Gebieten bestimmt. Zunächst hat man, obwohl der wirtschaftliche Unterbau dafür nicht ausreichend vorhanden war, in der Sozialpolitik ein sehr flottes Tempo angeschlagen, das zum Teil berechtigt und der Arbeitnehmerschaft von ganzem Herzen zu wünschen war, zum Teil aber auch Halbwahrheiten in sich barg, die sich später (siehe Arbeitslosenfrage) als eine ungeheure Belastung der Wirtschaft und der Reichskasse herausstellten.

Die große Koalition hat den unverzeihlichen Fehler gemacht, der Landwirtschaft nicht den genügenden Schutz gegenüber der Konkurrenz des Auslandes zuteil werden zu lassen. Während die Industrie Schutzzölle bekam, blieb die Landwirtschaft bis zum Jahre 1926 vogelfrei. Große Steuerlasten auf der einen, und hohe Produktionskosten, aber niedrige Produktionspreise auf der anderen Seite, führten die Landwirtschaft immer mehr dem Verfall entgegen. Erst im Jahre 1926 wurde der leise Versuch mit dem sogenannten kleinen Zolltarif gemacht, der aber völlig ungenügend war und daher den gewünschten Erfolg nicht brachte. Jahrelang hat die Landwirtschaft gekämpft, um sich ein erträglicheres Los zu verschaffen, bis endlich im Frühjahr 1929 die „Grüne Front“ geschaffen wurde, die nach heißen Kämpfen erreichte, daß das Kabinett Hermann Müller den Versuch machte, auf dem Gebiete der Agrarreform einen Schritt weiterzugehen. Aber wie sich alle gesetzgeberischen Arbeiten der Sozialdemokratie aus lauter Halbheiten zusammenfügen, so waren auch in dieser Frage die Regierungsparteien zu zaghaft, um etwas Durchgreifendes zu leisten. Man fürchtete sich vor dem Protest der Massen, die in jedem Schritt zugunsten der Landwirtschaft gleich „Liebesgaben an die ostelbischen Junker“ erblickten und mit dem Schlagwort „Brotwucher“ neue Unzufriedenheit säen. Man kann daher den Parteien, die jahrelang zur großen Koalition gehörten, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie an der heutigen trostlosen Lage der Landwirtschaft ein großes Maß von Schuld tragen.

Diese Schuld wird noch vergrößert, wenn man berücksichtigt, daß die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft auslaggebend ist für den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie. Trotzdem diese sich einer größeren Liebe von Seiten der Regierung erfreuen durfte, war und ist auch sie nicht auf Kosten gebettet. Kreditverknäpftungen und Absatznöte stellten sich ein und erschwerten den Produktionsprozeß wesentlich. Der Auslandsmarkt wurde der deutschen Industrie gesperrt. Abnahmefähigkeiten hätten sich jedoch ergeben können, wenn man frühzeitig der Landwirtschaft helfend unter die Arme gegriffen hätte. Weil das nicht geschah, konnte die Landwirtschaft infolge eigener Zahlungsunfähigkeit der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie keine nennenswerten Aufträge geben. Der Bedarf an sonstigen Gebrauchsartikeln in der Landwirtschaft wurde zurückgestellt und die persönlichen Bedürfnisse der, ein Drittel des Volkes zählenden, Landbewohner mußten, der Not gehorchend, ebenfalls auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Dadurch gingen der deutschen Industrie Milliarden Aufträge verloren, die sie hätte haben können, wenn man nicht in unsinniger Verblendung der Landwirtschaft den Todesstoß gegeben hätte. Der Erfolg dieser kurzfristigen sozialdemokratischen Politik ist vermehrte Arbeitslosigkeit, die durch verschiedene weltwirtschaftliche Einwirkungen zur Zeit den bisher höchsten Bestand erreicht hat.

Als drittes kommt hinzu, daß insbesondere die Sozialdemokraten sich als schlechte Finanzpolitiker erwiesen haben. Einer der größten „Künstler“ auf diesem Gebiet war der Sozialdemokrat Dr. Hilferding, der zweimal als Reichsfinanzminister dazu beigetragen hat, unsere Finanzpolitik vollständig in eine Sackgasse zu führen. Die sozialdemokratische Taktik, allerdings unterstützt von den mit ihr in der Regierung sitzenden Parteien, immer neue Ausgaben zu bewilligen, ohne daß Deckung vorhanden war, hat sich Litter gerächt. Der Reichsbedarf, sowie die Schulden des Deutschen Reiches, sind, auch wenn wir von den Reparationslasten absehen, immer größer geworden, so daß wir im Frühjahr dieses Jahres vor einer Katastrophe standen, aus der die sozialdemokratische Regierung einen Ausweg nicht mehr wußte.

Man muß diese Kapitel einer zehnjährigen Regierung, welche stark unter sozialdemokratischem Einfluß stand, mit der Feststellung beenden, daß wir

1. mit den feindlichen Mächten eine Reihe Verträge eingegangen sind, die uns wirtschaftlich knebeln und finanziell eine Ausbeutung des deutschen Volkes darstellen, 2. daß wir durch die Wirtschaftspolitik der Regierung mit einem Höchststand von bisher 3 Millionen Arbeitslosen zu kämpfen haben, die eine ungeheure Belastung für den Reichsäckel und für die Beteiligten viel Not und Elend zur Folge haben.

3. daß die deutsche Landwirtschaft, als das Fundament der deutschen Volkswirtschaft, im Sterben liegt und eine Rettung, wenn überhaupt möglich, eiligst in Angriff genommen werden mußte, nachdem die Schuldenlast der Landwirtschaft auf etwa 15 Milliarden gestiegen ist.

4. daß die Zerrüttung der Reichsfinanzen ein schnelles Eingreifen erfordert, wenn nicht auch auf diesem Gebiet der völlige Zusammenbruch erfolgen sollte.

Es ist ein trostloses Bild, welches man zeichnen muß, wenn man Verständnis für die heutige Lage gewinnen will. Und diese Hoffnungslosigkeit der gegenwärtigen Lage ist es, die die einzelnen Parteien in ihrer Stellungnahme stark beeinflusst. Die Sozialdemokraten haben es sich leicht gemacht. Als sie keinen Ausweg mehr wußten und ihre Regierungskunst zu Ende war, da gingen sie aus der Regierung heraus und überließen es anderen, die Karre aus dem Dreck zu ziehen. Wahrhaftig, eine bequeme Art, sich unangenehmer Aufgaben zu entledigen! Es ist leicht, den großen Staatsmann zu spielen, wenn alles in bester Ordnung ist. Wenn aber die Schwierigkeiten sich hergehockt türmen, dann zeigt es sich, wer den Mut zur Verantwortung hat und nicht für Parteinteressen, sondern für des ganzen Volkes Bestes gerade steht.

Schluß folgt.

Gdingen wächst auf Kosten Danzigs.

Kritisches zur polnischen Gegenerklärung.

Von W.-s.

Die Antwort, die im Namen der polnischen Regierung der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, dem Völkerbundskommissar auf den Danziger Klageantrag wegen Gdingen hat zugehen lassen, enthält eine Reihe wichtiger Feststellungen. Wichtig vor allem für die Klärung der Frage, welche Taktik Polen anzuwenden gewillt ist, um einer sachlichen Erörterung der Danziger Beschwerde aus dem Wege zu gehen. Polen erklärt den Ausbau des Hafens von Gdingen für eine „innerpolitische“ Angelegenheit, in die sich kein auswärtiger Staat einzumischen habe, auch der Völkerbund nicht, und bestreitet ausdrücklich jede Verpflichtung, die darauf hinauslaufen müßte, „die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Entwicklungsfähigkeit des eigenen Landes zu beschränken“. Diese Erklärung Polens beseitigt aber nicht jene andere für Polen verbindliche Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 15. August 1921, in der es heißt: „Die polnische Regierung ist verpflichtet, den Hafen von Danzig voll auszunutzen, welche anderen Häfen sie auch in Zukunft an der Ostseeküste errichten mag.“

Ferner aber betont Polen, daß der Danziger Hafen von Polen durchaus ausgenutzt werde und versucht, zu diesem Zweck seine Behauptungen mit statistischem Material zu belegen, das den vergangenen Jahren entstammt. Dieses Material kann aber nicht als erschöpfend angesehen werden, wenn nicht auch der Umschlag des laufenden Jahres, in dem ja erst die Gdinger Krise der Danziger Wirtschaft zum offenen Ausbruch gelangt ist, berücksichtigt wird. Die bereits vorliegenden Ziffern des ersten Halbjahres 1930 aber reden für Danzig eine sehr ernste Sprache. Sie erweisen, daß im Vergleich zum Vorjahr die Einfuhr über Danzig fast um die Hälfte abgenommen hat, während die Ausfuhrziffern noch etwas ansteigen vermochten. Die Einfuhr über Gdingen ist dagegen um etwa ein Viertel gestiegen und die Ausfuhr hat über die Hälfte zugenommen. Wenn man berücksichtigt, daß gerade die ersten Monate des vergangenen Jahres sehr geringe Ein- und Ausfuhrziffern über Danzig aufwiesen, weil der Danziger Hafen durch Eis gesperrt war, so wird das Gesamtbild noch düsterer für Danzig.

Dieser ursächliche Zusammenhang des Abgleitens der Umschlagziffern im Danziger Hafen mit dem Ansteigen der zutreffenden Ziffern des Hafens von Gdingen — entgegen dem Sinn und Wortlaut jener Entscheidung des Völkerbundskommissars — ist für die Freie Stadt Danzig der Kern der ganzen Angelegenheit. Um diesen Kern sucht man auf poln. Seite mit der Behauptung herum-

zukommen, Danzig habe ja gar nicht die Erörterung dieser wirtschaftlichen Fragen im Auge, sondern mache sich lediglich zum gefügigen Werkzeug der Berliner Revisionspolitik. In Wirklichkeit liegen die Dinge genau umgekehrt. Die freie Stadt Danzig fühlt sich in ihren Lebensmöglichkeiten schwer bedroht durch die wachsende Konkurrenz Gdingens und macht Polen und den Völkerbund auf die für den Freistaat daraus zu erwartenden Gefahren aufmerksam. Polen wendet sich schroff gegen die Danziger Beschwerde, versteift sich auf den weiteren Ausbau Gdingens und beschwört dadurch jene Konsequenzen, die es befürchtet, selbst herauf. Denn wenn der Freistaat keine Existenzmöglichkeit mehr hat, wenn die durch Gdingen geschwächte Danziger Wirtschaft die Steuern zur Erhaltung des Staatsapparates nicht mehr aufzubringen vermag, dann zwingt die nahende Katastrophe zur Revision der unhaltbar gewordenen Zustände. Damit allerdings wird nicht nur Danzig, sondern auch Deutschland das allergrößte Interesse daran haben, daß diese Revision im deutschen und nicht im polnischen Sinn erfolgt. Denn in der Tat spekuliert man in polnischen Kreisen darauf, daß deutsche Unentschlossenheit ein Uebergehen der freien Stadt Danzig aus „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ in ausschließlich polnische Verwaltung (nach dem Muster der Eisenbahn, die sich bereits in polnischer Verwaltung befindet, würde dann auch der Zoll, der Hafen usw. ausschließlich von Polen verwaltet werden und auch eine Währungsvereinheitlichung wäre nicht mehr zu vermeiden) nicht wirksam zu verhindern wissen werde.

Dahin darf die Streitfrage zwischen Gdingen und Danzig unter keinen Umständen führen. Im Gegenteil, es wird alles daran gesetzt werden müssen, die Angelegenheit zunächst einmal überhaupt zur Behandlung vor den Völkerbundsrat zu bringen. Gegenteilige polnische Pläne dürften sowieso nicht durchzusetzen sein. Dann wird man in aller Genauigkeit nachzuweisen haben, wie stark Gdingen nicht nur Danzig beeinträchtigt, sondern wie tiefgreifend die Auswirkungen dieses Hafenneubaus auf alle übrigen Ostseehäfen sind und noch sein werden. Und endlich wird man auch mit allem Freimut dem Völkerbundsrat die Frage vorlegen müssen, welche Lehren er aus den vergangenen zehn Jahren für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes an der Weichselmündung zieht. Denn es genügt nicht, auf das Vorhandensein eines selbständigen Staatswesens laut Versailler Vertrag zu verweisen, man muß auch einem solchen Staatswesen die Lebensmöglichkeiten gewähren und gegen Untergrabung von interessierter dritter Seite her sichern.

Polen behauptet in seiner Gegenerklärung, diese Lebensmöglichkeiten ließen sich nur durch immer engere Anlehnung an Polen auf die Dauer wirksam sichern. Es wird die Aufgabe der Danziger Regierung sein, nachzuweisen, daß einerseits die Erhaltung der freien Stadt in dem in Versailles geschaffenen Rahmen bei weiterem Ausbau der Konkurrenz Gdingens einfach unmöglich wird, daß aber andererseits die gesamte Danziger Bevölkerung ohne Unterschied der Partei schärfsten Einspruch gegen jede Erwägung erhebt, die Danziger Not durch Erweiterung des polnischen politischen Einflusses auf Danzig zu beheben. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, vor 19 Jahren den Danzigern vorenthalten, werden die Danziger sich jetzt nicht mehr nehmen lassen.

Die Niedersächsische lutherische Volkshochschule, ihr Werden und ihr Wollen.

In Hermannsburg, dem stillen Heidedörfchen an der Oerke, steht die Wiege der niedersächsischen lutherischen Volkshochschulen. Schon mancher Segensstrom ging aus von diesem Ort. Wir denken an die Gründung der Mission durch Louis Harms. Die gewaltigen Predigten dieses gottbegnadeten Mannes haben lange nachgewirkt im Volke. Sein Werk, die Mission, das war der Grund, der Stamm des Baumes, an dem so mancher starke Zweig im Laufe der Zeit gewachsen ist. Zuerst die Liebe zu den Seiden und eng damit verknüpft die Liebe zu der Heimat. Aus dieser Liebe heraus entstanden im Laufe der Jahrzehnte die Christianschule, die höhere Mädchenschule und in der Nachkriegszeit die Volkshochschule. Missionsdirektor P. D. Haccius hat sie ins Leben gerufen. Die Liebe zur Heimat und die Not der Söhne und Töchter Niedersachsens trieb ihn dazu. Schon während des Krieges war er von der Notwendigkeit der Volkshochschule überzeugt. Er sah klar, daß mit dem Kriege das deutsche Volk eine große Umwälzung erfahre. Er sah, daß dem Bauernstande für die Zukunft gewaltige Aufgaben zufallen würden. So fasste er den Gedanken, für die Landjugend eine Schule zu schaffen, ähnlich den Volkshochschulen in Dänemark. Sommer 1918 sprach er diesen Gedanken vor einer Versammlung der Freunde der Dorfkirche öffentlich aus. Immer weitere Kreise bildeten sich, die von der Notwendigkeit dieser Schule überzeugt waren. So konnte D. Haccius 1919 seinen Voratz in die Tat umsetzen. Sein felsenfester Glaube gab ihm den Mut, in so schwerer Zeit das Werk zu beginnen. Herzog Ernst August von Cumberland ermöglichte ihm durch ein Geschenk von 12.000 Mark den ersten Anfang. So wurde im November 1919 der erste Volkshochschulkursus für junge Männer eröffnet.

Kast elf Jahre sind seitdem vergangen. Wie ist das Werk gewachsen! 1923 konnte das eigene, neuerbaute Heim bezogen werden. Als sich hier Platzmangel bemerkbar machte, schritt man zur Gründung weiterer Volkshochschulen hin und her im Niedersachsenlande. So entstanden nacheinander noch fünf solcher Schulen, die sich in der Volkshochschulgenossenschaft für Niedersachsen zusammengeschlossen haben. Doch nicht nur auf Niedersachsen blieb der Gedanke der Volkshochschularbeit beschränkt;

Warum nicht eine einzige Steuerart?

Die Finanz- und Steuerkrise beweist uns deutlicher denn je die Notwendigkeit einer radikalen Steuerreform. Unser Steuersystem stellt ein großes Durcheinander dar und wir werden nicht eher geordnete Steuer- und Finanzverhältnisse bekommen, bevor nicht dieses Durcheinander beseitigt ist.

Unser Steuersystem muß möglichst bald nach einem Grundsatz erneuert werden. Die Frage, „Wollen wir in Zukunft direkte oder nur indirekte Steuern zur Deckung des Steuerbedarfs benutzen?“ muß zugunsten der indirekten Steuern bejaht werden, denn sie sind ertragreicher und dazu ausbaufähig. Das Vorurteil gegen die Verbrauchssteuern würde verschwinden, wenn man den Verbrauch entsprechend seiner wirtschaftlichen Notwendigkeit für den einzelnen Staatsbürger besteuern würde. Z. B. würden Luxusartikel sehr hoch besteuert werden müssen. Brot und andere Lebensmittel dürften überhaupt nicht, oder wenn sie besteuert werden, müßten sie sehr niedrig besteuert werden. Die Mode und deren Auswüchse auf allen Gebieten, nicht allein auf dem Gebiete des Bekleidungs wesens, könnten hoch besteuert werden.

Die von mir vorgeschlagene „Einheitssteuer“ soll eine Steuer sein, welche die vielen Steuerarten, die gegenwärtig bestehen, überflüssig macht. Um die Durchführung dieser „Einheits-(Verbrauchs-) Steuer“ zu ermöglichen, ergeben sich folgende Forderungen.

1. Die Abschaffung sämtlicher jetzt bestehenden Steuergefeje.

2. Die Schaffung einer einzigen Steuerart in Verbindung mit einem Ausgleichsgesetz.

Als einzige Steuerart ist nur die Verbrauchssteuer möglich. Durch diese Einheitssteuer soll der Verbrauch entsprechend seiner volkswirtschaftlichen Notwendigkeit im umgekehrten Verhältnis erfasst werden. Zu diesem Zwecke werden sämtliche Waren und Artikel nach ihrer Notwendigkeit in Klassen fest eingeteilt und in einem Tarif zusammengefaßt. Die Klassen werden ihrer Notwendigkeit entsprechend in dem Tarif eingestuft und mit Steuerprozentsätzen, die dem jeweiligen Steuerbedarfe Rechnung tragen, bedacht. Die Prozentsätze sind nicht fest, wohl aber die Einstufung der Waren und Artikel. Ist eine Ware oder ein Artikel zugleich eine Luxus- und eine für die Existenz notwendige Ware (Automobiltriebstoff für einen Leber- oder einen Geschäftsmann) dann kommt für diese Ware eine Einstufung unter eine gering- besteuerte Klasse in Frage, liegt Luxusverbrauch vor, dann tritt das mit der „Einheitssteuer“ verbundene „Ausgleichsgesetz“ in Wirksamkeit.

Soll eine Ware ausgeführt werden, dann kann die „Einheitssteuer“ ermäßigt oder erlassen werden, damit der Absatz nicht in Frage gestellt wird. Eingeführte Waren werden wie einheimische Waren behandelt. Besteht kein Interesse an der Einfuhr ausländischer Artikel, dann kommt wieder das Ausgleichsgesetz in Frage (das U.-G. regelt auch das Zollwesen), welches die Möglichkeit einer Ausgleichsbesteuerung zuläßt. Rohstoffe und Werkzeuge sind ihrer Notwendigkeit entsprechend im allgemeinen niedriger als Fertigfabrikate zu besteuern. Reich, Länder und Gemeinden gleichen den Steuerertrag entweder durch prozentuale Anteile unter sich aus oder es werden ihnen bestimmte (Notwendigkeits-) Klassen zur Besteuerung

bald wurden überall im deutschen Vaterlande Schulen nach dem Muster Hermannsburgs ins Leben gerufen. So gehören dem Verband der Christlichen und Deutschen Volkshochschulen auf dem Lande jetzt 28 Heime an, deren Gründungen zum Teil auf D. Haccius zurückgehen.

Soviel über das Werden der niedersächsischen, lutherischen Volkshochschulen. Und ihr Wollen? Volkshochschule nennt sie sich. Für das ganze Volk, nicht für einzelne Stände ist sie da. Sie will zunächst dem Landvolk dienen, aber ohne jeden Standesunterschied. Da kommen Bauern- und Beamtenjöhne, Knechte und Handwerker zusammen.

Und Volkshochschule? Sie will ihre Schüler auf eine Höhe führen, daß ihr Blick geweitet wird für das Geschehen um sie her, in Staat und Politik, im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart.

Niedersächsische Volkshochschule nennt sie sich, da sie den Söhnen und Töchtern Niedersachsens die Schätze ihrer Heimat lieb und wert machen will.

Eine lutherische Volkshochschule ist es. Auf dem Boden der Kirche Luthers steht sie. Wie könnte das auch anders sein. Letztes, höchstes Ziel menschlicher Bildung ist, das Evangelium mit dem Herzen zu erfassen, so, wie es Luther uns gezeigt hat. Von hier aus gehen die Volkshochschulen an die Gegenwartsfragen heran. Im Lichte des Evangeliums wird letztlich alles Geschehen betrachtet.

So ist in dem Namen „Niedersächsische lutherische Volkshochschule“ das ganze Programm enthalten.

Und wie arbeitet die Volkshochschule? In der Regel werden die jungen Männer oder Mädchen für einige Monate im Heim gesammelt. Es wird unterrichtet in folgenden Fächern: Lebenskunde, Fragen des Christlichen Glaubens und Lebens, Einführung in die Bibel, hoch- und plattdeutsche Sprache, Geschichte, Heimatkunde, Volkswirtschaft, Naturkunde, Kunstbetrachtung, Musik, Turnen und manches andere. Ein fester, für alle Kurse und Schulen gültiger Lehrplan wird nicht aufgestellt. Jeder Kursus hat sein eigenes Gepräge. Neben den Unterrichtsstunden legt man großen Wert auf die praktischen Vortragsübungen. Auch werden regelmäßige Ausflüge gemacht. So wird das Wissen erweitert. Aber höchstes Ziel ist die Bildung einer charakterfesten Persönlichkeit, die sich im Gegenwartskampf behaupten kann. Das kann nicht allein durch Unterricht geschehen. Dazu soll das gemeinsame Leben von Lehrern und Schülern in einem

überwiesen. Die Einteilung der Waren und Artikel zu den einzelnen Klassen darf nur vom Reich vorgegeben werden.

Wir haben die Zuschrift ausgenommen, weil wir auch überzeugt sind, daß unser Steuersystem viel zu kompliziert ist. Ob für die Verbrauchssteuer aber eine Form zu finden ist, durch den der Zweck erreicht wird ohne Ungerechtigkeiten zu schaffen, die auch wieder den Falschen treffen, wird aus den kurzen Ausführungen noch nicht klar.

Die Schriftleitung.

30 Jahre christlicher Bekleidungsarbeiterverband.

Der Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs gewerbes, Sitz Köln, begeht in diesen Tagen sein 30-jähriges Bestehen. Am 1. August 1900 wurde der Verband unter dem damaligen Titel Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands in München gegründet. In Verfolg der Entwicklung wurde Ende 1906 die Zentrale des Verbandes nach Köln verlegt. Von nur wenigen 100 Mitgliedern bei der Gründung hat sich der Verband auf die heutige beachtliche Höhe emporgearbeitet. In mühevoller Arbeit und unaufhörlichem Kampf sowohl gegen offizielle Arbeitgeber und ihre Organisationen als auch gegen gewerkschaftliche Verbände hat er in den 30 Jahren die Interessen seiner Mitglieder bestens zu wahren gesucht. Auf dem Lohn- und tarifpolitischen Gebiet hat er sich von Anfang an besonders intensiv betätigt. Durch diese seine Arbeit mit was es möglich, daß im Bekleidungs gewerbe schon frühzeitig der Tarifgedanke bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern besondere Beachtung und Pflege fand. Heute sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder fast vollständig tariflich geregelt. An den maßgebenden Reichstagen und den meisten Bezirksparlamenten im Bekleidungs gewerbe ist der Verband als Kontrahent beteiligt.

Getreu den Prinzipien der gesamten christlichen Bewegung hat der Verband in den 30 Jahren im Rahmen der Gesamtbewegung die christlich-sozialen Grundsätze unentwegt vertreten. Von diesen Grundsätzen war seine ganze Arbeit, insbesondere auch die Schulung der Mitglieder getragen. Für das deutsche Volk ist eine solche Einstellung vor allem auch in der jetzigen Zeit von Bedeutung, wo Not und Sorge einerseits und gewissenlose Phrasen und Radikalismus andererseits gerade die Arbeiterschaft zu verwirren drohen. Der Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs gewerbes ist in seiner Ganzheit, d. h. in seiner Leitung und in seiner Organisation bestrebt, diese Grundsätze trotz allen Anfechtungen auch jetzt noch für die Zukunft zu erhalten. Als beachtlicher Faktor innerhalb der deutschen Arbeiterschaft ist er die berufene Interessenvertretung aller christlich gesinnten Arbeitnehmer im Bekleidungs gewerbe.

Wieviel Beamte gibt es?

Die Frage, wieviel Beamte es im Deutschen Reich überhaupt gibt, kann, wenn man alle auf Lebenszeit angestellten, mit Pensionsberechtigung und sonstigen Beamtenrechten versehenen Personen einbezieht, auch durch die neue Finanzstatistik nicht beantwortet werden, da diese nur die Hochverwaltungen des Reiches und der Länder und die Kammerverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Heim ein gut Teil beitragen. Für manchen Schüler war eine Aussprache mit einem Lehrer unter vier Augen das Allerwertvollste.

Den meisten jungen Menschen geht die Zeit im Volkshochschulheim zu schnell dahin. Sie kehren heim in ihren alten Wirkungskreis. Viel haben sie bekommen für ihr Leben. Um nun nicht ganz die Fühlung mit der Schule zu verlieren, kommen sie von Zeit zu Zeit im Heim zu Mitschülertagungen zusammen. Auch haben sich hin und her im Lande Gauverbände ehemaliger Volkshochschüler gebildet. Aus sich selber heraus schließen sich die Mitschüler zusammen. Sie haben regelmäßig ihre Zusammenkünfte, möglichst unter Leitung eines ihrer früheren Lehrer.

Seit längerer Zeit beschäftigt sich die Volkshochschulgenossenschaft für Niedersachsen mit der Frage der Ostflucht. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse und Ausichten haben ehemalige Volkshochschüler unter Leitung des Hermannsburgers Lehrers v. der Ohe mehrere Besichtigungsreisen in das ostdeutsche Siedlungsgebiet gemacht. Die Volkshochschulgenossenschaft hat das Verfügungsrecht über das Gut Hütern im Kreise Bohlau in Niederschlesien. Das Gut ist in über 30 Siedlerstellen aufgeteilt. Die Siedlerstellen sollen nach Möglichkeit von ehemaligen Volkshochschülern Niedersachsens besetzt werden. Bei der letzten Besichtigungsreise dorthin sind bereits eine ganze Reihe der Siedlerstellen von jungen Bauern Niedersachsens erworben. Herr von der Ohe geht mit den jungen Siedlern in den Osten, um ihnen in der neuen Heimat mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihnen ein Stück niedersächsischer Heimat mitzunehmen. Ein Stück nationaler und kultureller Arbeit ist es, das hier auf diesem Gebiet die Volkshochschulgenossenschaft leistet.

Volkshochschularbeit ist notwendig. Ihre Früchte zeigen es. Bleibt dem deutschen Volke das starke, urwüchsig Bauerntum erhalten, so kann es getrost in die Zukunft sehen. Doch dunkle Mächte sind am Werk, das Mark des Bauernstandes zu zernagen. Kampf diesen Mächten: Spekulation, politische Fälschung und Verberbung, Gottlosigkeit, Unfittlichkeit! Willst du auch mitarbeiten, mithelfen in diesem Kampf um die Zukunft des deutschen Bauerntums? Werde Mitglied der Volkshochschulgenossenschaft für Niedersachsen durch Zeichnung von Geschäftsanteilen. Du hilfst damit dem Werk! Du dienst damit dem deutschen Volk.

Lütje Behnen.

zum Gegenstand die übrigen öffentliche befristete post, die Betriebsmännern und wurden.

Da diese gaben betraut führung nichts taren Darlegung Zahl hat mit de unmittelbar nicht sich die Gesamt ten, also ein auf rund 1,6 über die

liegen nur un ergibt sich ein von etwa 10 daß man an E der Pensionsen schäßen kann. Die rund

körpern aber n öffentlichen Be und Arbeiter zeln Gruppen tätig: 690 852 planmäßige B Angestellte für zusammen 922 kommen noch Arbeiter für 1 271 5

Außerdem sind oder ehrenamtli Die Ausge gen an die Bea also für insge sich im Rechm liarden; dazu gungsgebühri rund ¼ Millia der Gesamtbev erwerbstätigen schen sich dur und 98, die „

Ein oberf der 804 239 B Ergebnis, daß Zahl von Bean seht ab ten a schneit liegen f Angestellten, B gestellten, W r Angestellten a schilt, wenn n folgern wollte sonders aufg denn die Aufg Personal bewä verchieden.

Unterzuch den verhältnis ergibt sich, da und Bildungs höher liegen a die Differenz allerdings ein an Mehrkosten gabt werden. und des Veri Kopf der Bev

In Hef ebenfals der schnitt aus h den die Ges 4,50 M. pro V Verwaltungszu Aufwendungen gabe von 3,4 folche von 1, Land des Reie Wohlfahrtsau

Das Erg ergibt zusätzl endlich die w fussion aus d und auf eine len. Es hat f

gehende Verle einer gerechte des Verwaltu Möglichkei, a rung Erparn werden, da f für die Bevel Verwaltungz

Rheinl. Sedentkunt

Die im B vereinigten l stalteten am S denstunde an Beizung. I auf dem Plat der Ostverba Jahren in d abstimmung f Die Rhei geletet durch lizende des I

begrüßte daro Tage des Rhe über alles i Schweifern a schichten und harten Einbe jerschellt, der

und Artikel zu
vorgenommen
In. Ap.
weil wir auf
zu kompli-
eine Form zu
ohne Unge-
den Fällen
noch nicht
christlicheit.

Dungs-

des Beklei-
n Tagen sein
wurde der Ver-
und christlicher
nder Verufe
erfolg der Ent-
des Verbandes
Mitgliedern
auf die heutige
voller Arbeit
unsoziale Be-
gegnerische
ereffenen seiner
den Lohn- und
ng an beson-
arbeit mit war
von frühzeitig
Arbeitnehmern
eute sind die
den fast voll-
nden Reichs-
Bekleidungs-
erteiligt.

christlichen Be-
im Rahmen
rundsätze un-
war seine
ng der Mit-
eine solche
Zeit von Be-
gewissenlose
rade die Ar-
verband christ-
es ist in sei-
seiner Orga-
Anschaffung
ten. Als be-
Arbeiterschaft
christlich ge-
be. D.

es?

Deutschen
auf alle auf-
tätigung und
onen einbe-
statistik nicht
heitsverwal-
Kammerei-
deverbände

Schüler war
Augen das

it im Volks-
im in ihren
men für ihr
der Schule
im Heim zu
ich hin und
hohschüler
die Mit-
hre Zusam-
er früheren

hohschüler
ge der Ost-
hältnisse und
unter Lei-
the mehrere
lungsgebiet
das Ver-
Wohlfahrt in
stellen auf-
lichkeit von
besteht wer-
in sind be-
von jungen
er Ohe geht
nen in der
stehen und
itznehmen.
ist es, das
mossenschaft

Früchte zei-
ke, urwüch-
troft in die
Werk, das
mpf diesen
und Verbet-
auch mit-
ukunft des
Volkshoch-
chnung von
Du dienst
Behörden.

zum Gegenstande hat. Die Betriebsverwaltungen und die übrigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die Beamte beschäftigen, also z. B. Reichsbahn, die Reichspost, die Betriebe der Gemeinden, die Handelskammern und Krankenkassen, sind nicht berücksichtigt worden.

Da diese Beamten aber mit ganz speziellen Aufgaben betraut sind, die mit der eigentlichen Staatsverwaltung nichts zu tun haben, können sie bei den weiteren Darlegungen ausgeschaltet werden; denn ihre Zahl hat mit der Frage der Verwaltungsreform unmittelbar nichts zu tun. Nur soviel sei gesagt, daß sich die Gesamtzahl aller öffentlich-rechtlichen Beamten, also einschließlich der eben genannten Gruppen, auf rund 1,6 Millionen Personen beläuft.

Neben der Zahl der pensionierten Beamten liegen nur unvollständige Angaben vor; für das Reich ergibt sich ein Satz von etwa 15 v. H., in den Ländern von etwa 15 bis 20 v. H. der aktiven Beamten, so daß man an Hand dieser Unterlagen die Gesamtzahl der Pensionsempfänger auf etwa 300 000 bis 400 000 schätzen kann.

Die rund 884 000 Beamten und Soldaten ver- körpern aber nicht den gesamten Personalbestand der öffentlichen Verwaltung, da außerdem noch Angestellte und Arbeiter beschäftigt werden. Die Größe der einzelnen Gruppen zeigt folgende Berechnung. Es waren tätig: 690 852 planmäßige Beamte und 79 233 außerplanmäßige Beamte und Beamtenanwärter, 155 663 Angestellte für dauernde Verwaltungszwecke, das sind zusammen 925 748 Beamte und Angestellte. Dazu kommen noch 114 105 Militärpersonen und 231 675 Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke, also ins- gesamt 1 271 528 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Außerdem sind noch 33 180 Personen nebenberuflich oder ehrenamtlich tätig.

Die Ausgaben für die Gehälter und Vergütun- gen an die Beamten, Angestellten und Militärpersonen, also für insgesamt etwa 1 040 000 Menschen, beliefen sich im Rechnungsjahr 1926/27 auf rund 3,75 Mil- liarden; dazu tritt noch ein Aufwand für die Verfor- sungsgeldleistungen (Pensionen, Witwengehalt usw.) von rund 4 Milliarden. Ein Vergleich dieser Zahlen mit der Gesamtbevölkerung und mit der Gesamtzahl der erwerbstätigen Personen zeigt, daß unter 100 Deut- schen sich durchschnittlich immer zwei „Verwaltende“ und 98, die „regiert und verwaltet“ werden, befinden.

Ein oberflächlicher Vergleich über die Verteilung der 804 239 Beamten und Angestellten kommt zu dem Ergebnis, daß die auf 100 000 Einwohner entfallende Zahl von Beamten und Angestellten in den drei Han- sestädten am größten ist. Neben dem Reichsdurch- schnitt liegen ferner: Hessen mit 1489 Beamten und Angestellten, Sachsen mit 1412 Beamten und An- gestellten, Baden mit 1409 Beamten und Ange- stellten, Württemberg mit 1319 Beamten und Angestellten auf 100 000 Einwohner. Es wäre ver- fälscht, wenn man aus diesen Zahlen ohne weiteres folgern wollte, daß die genannten Länder einen be- sonders aufgeblassenen Verwaltungsapparat besitzen; denn die Aufgaben und Leistungen, die das vorhandene Personal bewältigen muß, sind von Land zu Land recht verschieden.

Untersucht man die Gründe, die in Baden zu den verhältnismäßig hohen Aufwendungen führen, so ergibt sich, daß allein die Ausgaben für das Schul- und Bildungswesen um 8,90 M. pro Kopf in Baden höher liegen als im Durchschnitt der übrigen Länder; die Differenz sinkt dadurch auf 3,30 M., von denen allerdings ein recht beträchtlicher Teil, nämlich 2,10 M. an Mehrkosten der allgemeinen Verwaltung veraus- gabt werden. Auch die Unterstufungen der Wirtschaft und des Verkehrs betragen in Baden 1,40 M. pro Kopf der Bevölkerung mehr als im Durchschnitt.

In Hessen und Braunschweig erklärt sich ebenfalls der größte Teil der Differenz zum Durch- schnitt aus höheren Schullasten. In Sachsen, in dem die Gesamtausgaben den Durchschnitt um nur 4,50 M. pro Kopf überschreiten, liegen gleichfalls alle Verwaltungszweige über dem Durchschnitt. Auf die Aufwendungen für die Schule entfällt eine Mehraus- gabe von 3,40 M., auf das Wohlfahrtswesen eine solche von 1,40 M. Sachsen ist das industriereichste Land des Reiches und hat demzufolge auch die höchsten Wohlfahrtsausgaben.

Das Ergebnis der vorstehenden Untersuchungen ergibt zunächst, daß die statistischen Veröffentlichungen endlich die willkommenen Möglichkeit bieten, die Dis- kussion aus der Sphäre der Agitation herauszulösen und auf eine sachlich einwandfreie Grundlage zu stel- len. Es hat sich weiterhin gezeigt, daß nur eine ein- gehende Berücksichtigung der Eigenart jedes Landes zu einer gerechten Beurteilung führen kann. Die Kosten des Verwaltungsapparates der kleinen Länder und die Möglichkeit, allein durch eine territoriale Reorgani- sierung Ersparnisse zu erzielen, dürfen nicht übersehen werden, da Einsparungen ohne Leistungsminderung für die Bevölkerung nur im verhältnismäßig wenigen Verwaltungszweigen durchgeführt werden können.

Gerhard Fürst.

Rheinland- und Ostmarkfeier.

Gedenkstunde im Reichstag. — Grenzlandpolitik ist notwendig.

Die im Westauschuß für Rhein, Pfalz und Saar vereinigten landmannschaftlichen Verbände veran- stalteten am Sonntagvormittag im Reichstag eine Ge- denkstunde an die Befreiung des Rheinlandes von der Besatzung. Im Anschluß an diese Kundgebung fand auf dem Platz vor dem Reichstage eine Kundgebung der Ostverbände zur Erinnerung an die vor zehn Jahren in Ost- und Westpreußen erfolgte Volks- abstimmung statt.

Die Rheinlandfeier im Reichstage wurde ein- geleitet durch musikalische Darbietungen. Der Vor- sitzende des Reichsverbandes der Rheinländer,

Präsident Dr. Kaufmann,

begrißte darauf die Gäste. Er gedachte der schweren Tage des Rheinlandes in der Nachkriegszeit. An dem über alles mutigen Widerstand der Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr, ihrer alle Volks- schichten und Berufsstände umschließenden stahl- harten Einheit sei das gewissenlose Mißrauten der jerscheit, der verbrecherische Separatistenpuk zerstoßen.

Mit nie verlassendem Dank huldigen wir heute Rheinlands Söhnen, die für ganz Deutschland kaum geahntes seelisches und wirtschaftliches Leid ge- tragen, in nie verjagender Treue Freiheit, Gesund- heit, ja, sogar das Leben geopfert haben.

Weiter gedachte Dr. Kaufmann der Staats- männer, die auf der rheinischen Vaterlandsliebe weiterbauend den Weg zur Rheinlandräumung frei machten, und von denen zwei besonders verdienst- volle, Friedrich Ebert und Gustav Strese- mann, leider schon vor dem Ziele aus dieser Zeit- lichkeit scheiden mußten. Im Anschluß daran führte der Redner dann wörtlich aus:

„Die Zurücknahme der französischen Truppen vom Rhein war gewiß ein Ereignis von weltpoliti- scher Bedeutung. Im Drama der Rheinlandbesetzung fiel der Vorhang. Zerbissen auch die sichtbaren Ge- seln, die unsichtbaren blieben erhalten. Noch ist die Souveränität des Reiches am Rhein im Gegensatz zum Nachbarland vielen Beschränkungen unterwor- fen. Noch sind Saarländer und Eupen-Mal- medy nicht erfüllt, und noch immer geistert die ab- scheuliche Kriegsschuldfrage, mit der man den Versailler Gewaltfrieden moralisch zu rechtfertigen versucht hat. Dringendes Gebot der Stunde ist eine durchgreifende aktive Grenzlandpolitik. Aber nicht bloß im Westen, sondern auch im Osten, wo eine unglückselige Grenzziehung größte wirtschaft- liche, dazu noch kulturelle und politische Not geschaffen hat. Gemeinames Grenzleid hat die schon von alters- her durch wechselseitiges Geben und Nehmen verbun- denen Deutschen im Westen und Osten fest zusammen- geschmiedet.“

Der Redner schloß mit dem Wunsche, daß der rheinischen Befreiungsfeier bald unsere Befreiung von jammervoller innerer Zerrissenheit folgen müsse, wenn wir uns weiter in dieser chaotischen Welt be- haupten wollen.

Nur eine erste Etappe...

Im Anschluß an die Begrüßungsansprache Dr. Kaufmanns hielt der Rektor der Universität Frank- furt am Main, Professor Georg Künzel, einen Vortrag über die Bedeutung des Rheinlandes in der deutschen Geschichte, in dem er betonte, daß wir zu- nächst eine erste Etappe nach dem langen Wege errei- chen und vollen Liquidation des Krieges erreicht haben. Der ersten werde die zweite mit der Rückgabe des Saargebietes folgen müssen. Der Völkerverbund werde in der Saargefrage seine Generalprobe ablegen haben. In der Saargefrage gebe es keine Parteien in Deutschland. Der deutsche Saar gelte in dieser feier- lichen Stunde unser Gruß, unser fester, ungeleiteter, unerschütterlicher nationaler Wille.

Die Verbundenheit zwischen Osten und Westen.

Nach Professor Künzel ergriff der Vorsitzende des Reichsverbandes der heimattreuen Ost- und West- preußen, Oberregierungsrat Hoffmann, das Wort. Er versicherte, daß der Westen unseres Vater- landes die Ostdeutschen stets mit dem Herzen auf sei- ner Seite sehen werde. Möchte es doch, — so meinte der Redner — umgekehrt auch so sein! Möchte den Ostdeutschen der Beistand aller Deutschen zuteil wer- den, wenn es sich in hoffentlich nächster Zukunft, um Schicksalsfragen des Ostens und damit des ganzen deutschen Volkes handeln wird!

Die Kundgebung vor dem Reichstag.

Bei der anschließenden Kundgebung der Ostver- bände vor dem Reichstage sprach der ehemalige Ab- stimmungskommissar Graf Baudissin seine Genug- tunung darüber aus, daß Kenntnis und Verständnis für die Not im Osten und für die Notwendigkeit der Hilfe des Reiches in erfreulichem Maße begriffen sei. Doch bleibe noch unendlich viel zu tun, um Gleichgültige aufzuwecken. Mit vereinter und ver- doppelter Eindringlichkeit wollen daher die Heimatt- reuen in Ost und West die Volksgenossen im Innern des Reiches daran mahnen, daß draußen längs der langen Distanz des Reiches Deutsche stehen, die unter schwierigsten Verhältnissen für uns alle die Grenzwaht halten, und die von denen, die gesichert im Innern des Reiches wohnen, erwarten und ver- langen können, daß sie ihre Deutschumsarbeit an den Grenzen des Reiches mit allen Kräften stützen und fördern.

Alle Teile des Reiches sind auf Gedeih und Ver- derben mit dem Schicksal ihrer Grenzlande verknüpft. Letzter Grund aller Nöte des deutschen Ostens ist die alle natürlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mißachtende und zerreißende Grenzziehung. Immer wieder muß das Sinnen und Denken des ganzen deut- schen Volkes darauf gerichtet werden, daß hier die Wurzeln des Übels liegen, und daß Gesundheit und Befriedigung im mitteleuropäischen Raum nur ein- treten kann, wenn diese widernatürliche Grenze ge- fallen ist.

Der erste Vorsitzende des Bundes der Saar- vereine, Senatspräsident Andreß-Frankfurt am Main, der dann das Wort nahm, stellte fest, daß die Begehrlichkeit der Franzosen nach dem Saargebiet ebenso vorhanden werden würde, wie die französischen Forderungen auf eine polnische Mehrheit im Abstim- mungsgebiet Ost- und Westpreußens und für einen autonomen Vasallenstaat Frankreichs links des Rheins vorhanden geworden seien.

Die rechtswidrige Grenzziehung.

Treviranus gegen das Unrecht im Osten.

Die Schlußansprache hielt der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus. Er gedachte der schweren Gebietsverluste im Westen und Osten. Nun fordert der Osten, so führte der Minister aus, Einheit und Einsatz des ganzen deutschen Volkes, Willen, Zukunftsoffnung. Wir denken in der Schwere und Tiefe unserer Seele des zerschnittenen Weichjellandes, der ungeheilten Wunde in der Ost- flanke, diesem verkümmerten Lungenflügel des Rei- ches. Wir denken daran, unter welch schändem Druck Wilson zur unnatürlichen Abschnürung Ostpreußens gepreßt, zu welchem Zwitterzustand das deutsche Danzig verurteilt wurde. Die Zukunft des polnischen Nachbarn, der seine staatliche Macht nicht zum Verina-

nen zu beutigen Zintopfern verdankt, kann nur ge- sichert sein, wenn Deutschland und Polen nicht durch ungerechte Grenzziehung in ewiger Unruhe gehalten werden.

Ostdeutschlands Blutsodung bleibt eine euro- päische Sorge und Gefahr. Die Grenzen des Unrechts halten nicht stand gegen Volksrecht und nationalem Lebenswillen. Der Tag wird kommen, wo der Kampf für das Recht Deutschland und Europa befreit hat.

Welche Gebiete erhalten Dsthilfe?

Verordnung über den Geltungsbereich der Dsthilfe. — Errichtung von fünf Landstellen.

— Berlin, 11. August.

Zur Durchführung des dritten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli erscheint nunmehr eine Verordnung über die in der Dsthilfe enthaltene Umschuldung und den Vollstreckungsschutz, die folgendes besagt:

Der vorläufige Geltungsbereich für diese Maß- nahmen umfaßt den preussischen Regierungsbezirk Köslin und den Kreis Regenwalde, die Grenzmark, die brandenburgischen Kreise Arnswalde, Friedeberg-Neumark, Landsberg a. d. Warthe, Sternberg-Ost und Züllichau-Schwiebus, die niederpreussischen Kreise Grün- berg, Freistadt, Glogau, Guben, Steinau, Wehlau, Müritsch, Trebnitz, Groß-Wartenberg, Leis, Ramelow sowie die rechts der Oder gelegenen Teile der Kreise Ohlau und Bries, ferner die Kreise Waldenburg, Neu- rode, Glas und Habelschwerdt und die Provinz Ober- schlesien sowie Ostpreußen.

Die Begrenzung des Anwendungsbereiches erfolgte mit Rücksicht darauf, daß mit Hilfe der Notverordnung kein langfristiges Programm, sondern nur ein So- fort-Programm für die Hauptkatastrophengebiete erlassen werden konnte, und daß daher auch die Finan- zierung nur im engeren Rahmen möglich war.

Eine Ausdehnung dieses Gebietes, wie sie bereits in der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli vorgezeichnet war, soll ausdrücklich für den Fall der Ver- stärkung der Mittel vorbehalten bleiben. Die Aus- dehnung des Vollstreckungsschutzes, insbesondere soll dabei davon abhängig gemacht werden, daß die zu- ständigen Landesregierungen die zur Finanzierung der Umschuldung in ihren Gebieten erforderlichen Mittel sicherstellen.

Die Erwirkung des Vollstreckungsschutzes.

Die Verordnung bestimmt weiter, daß Land- stellen zur Durchführung der genannten Hilfsmaß- regeln in Königsberg, Köslin, Schneidemühl für die Grenzmark und Brandenburg, in Breslau und in Oppeln errichtet werden. Der Beginn der Geschäfts- tätigkeit der Landstellen wird zu gegebener Zeit beson- ders bekanntgegeben werden. Bis dahin sind Gesuche um Erwirkung des Vollstreckungsschutzes bei dem zu- ständigen Landrat (Bürgermeister) anzubringen.

Anträge auf Vollstreckungsschutz.

Wie zu der Dsthilfe-Verordnung noch mitgeteilt wird, hat die Entscheidung über die Anträge auf Vollstreckungsschutz im Bezirk Königsberg der Ober- präsident oder der Staatskommissar zur Stützung des ostpreussischen Gütermarktes, im Bezirk Köslin der Regierungspräsident, im Bezirk der Landstelle Schnei- demühl der Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, im Bezirk Breslau der Oberpräsi- dent von Niederschlesien, im Bezirk Oppeln der Ober- präsident der Provinz Oberschlesien.

Die Wohlfahrtslasten der Städte

1929 überstiegen die Fürsorgeausgaben die Staats- ansätze um 18 Prozent.

Der Reichstädtebund untersucht zurzeit die Höhe der Belastung der Städte durch Wohlfahrts- erwerbslose und Krisenunterstützte im Rechnungsjahre 1929. Nach den bisher vorliegenden Angaben von nahezu 500 Städten bis zu 25 000 Einwohnern sind die Fürsorgeausgaben 1929 um etwa 18 Prozent höher gewesen als in den Haushaltsplänen vorgesehen war. Dieser Ausgabensteigerung stand eine Steigerung der Einnahmen um etwa 16 Prozent im Vergleich zu den Voranschlägen gegenüber.

Der aus Steuern aufzubringende Zuschußbedarf der Städte betrug rund 19 Prozent mehr als veran- schlagt war. Die prozentuale Steigerung des gemein- dlichen Zuschußbedarfs gegenüber den Voranschlägen war also höher, als die prozentuale Steigerung der Aus- gaben und Einnahmen.

Vor einem neuen Wiederaufstieg?

Nach einer Meldung des „New Yorker Herald“ aus Washington hat der Vorsitzende der amerikanischen Handelskammer und des amerikanischen Wirtschaftsrats, Julius Barnet, erklärt, die Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs in der Welt gehe ihrem Ende entgegen. Für zahlreiche unproduktive Kapitalien würden Anlage- möglichkeiten gesucht, was ein Wiederaufleben des Ver- trauens bedeute.

Urteilsfällung im Landvolksprozeß

Sieben Freisprüche. — 22 Verurteilungen.

— Jhehoe, 11. August.

Nach zweieinhalbwöchiger Verhandlung wurde in dem sogenannten kleinen Landvolksprozeß, in dem die Angeklagten in der Hauptphase der Anreizung zum Steuerfreist angellagt waren, das Urteil verkündet.

Verurteilt wurde Hamkens zu einer Gefäng- nisstrafe von zwei Monaten und einer Geldstrafe von 250 Mark; Gravert, Schade, Wolf, Defau, Heinrich Hansen und Fehse zu einer Geldstrafe von je 180 M.; Blath, Martens, Lorenzen, Vossen, Voetius Hansen, Medessen und Siegfried Petersen zu einer Geldstrafe

von je 100 Mark; Max Petersen zu einer Geldstrafe von 30 M.; Weidke zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen und zu 80 Mark Geldstrafe; Pramor zu vier Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 50 M.; Auch zu einer Geldstrafe von 280 M. Weiter wurde auf Veröffentlichung des Urteils in den Zeitungen derjenigen drei erkannt, in denen seinerzeit die Versammlungen stattfanden.

Freigesprochen wurden die Angeklagten Hedderfen, Messer, Wolf, Hoend, von Salomon, Johnson und Kempage. Soweit die Angeklagten Kuehl und Hamkens der Aufforderung zum Steuerstreik angeklagt waren, wurde das Verfahren eingestellt.

General Reinhardt.

Zum Tode des ersten Chefs der Reichswehr.
General Reinhardt, der letzte preussische Kriegsminister und erste Chef der Reichswehr, wurde am 24. März 1872 in Stuttgart als Sohn des späteren Generalmajors Reinhardt geboren.



Seit 1910 Major, rückte er bei Ausbruch des Weltkrieges als Generalstabschef mit dem württembergischen 13. Armee-Korps ins Feld. Januar 1915 wurde er Chef des Stabes. Im Juni 1916 führte Reinhardt das Hessische Infanterieregiment 118 vor Verdun. Einige Monate später wurde er, verhältnismäßig jung, Chef des Stabes der 11. später Stabschef der VII. Armee. Am 1. November 1918 wurde der nach den schweren Kämpfen am Chemin des Dames mit dem Pour le Mérite ausgezeichnete junge Oberst dem preussischen Kriegsministerium zur Verfügung gestellt, um den Rückmarsch des deutschen Heeres zu organisieren.

Nach dem Umsturz gelang es Reinhardt, unter Einwirkung der Befugnisse der Soldatenräte die Kommandogewalt wiederherzustellen. Am 3. Januar 1919 übernahm er nach dem Rücktritt des Generals Scheuch die Leitung des Kriegsministeriums und nach der Auflösung dieses Ministeriums im Herbst 1919 als Generalmajor das Amt des Chefs der Heeresleitung der inzwischen entstandenen Reichswehr.

Mit der Bildung der endgültigen Reichswehr die sogenannte Brigade Obberitz, deren Organisator und Führer Reinhardt bis zum August 1920 war, aufgelöst wurde, trat er an die Spitze der 5. Division, gleichzeitig wurde er zum württembergischen Landeskommandanten ernannt. Zum 1. Januar 1925 erfolgte seine Ernennung zum Oberbefehlshaber der Gruppe II (Kassell). Am 31. Oktober 1927 nahm General Reinhardt seinen Abschied.

König Feisal bei Hindenburg.

Am Dienstag Weiterreise nach Frankreich.
Reichspräsident von Hindenburg empfing den Besuch des kürzlich in Berlin weilenden Königs Feisal vom Irak, der von seinem persischen Adjutanten Oberst Zahir Kaderi sowie von seinem Kabinettschef Mustam Gaidar begleitet war. An dem Empfang schloß sich ein Frühstück, an dem außer den Genannten die Reichsminister Dietrich und Groener, die Staatssekretäre von Bülow, Dr. Trendelenburg und Dr. Meißner, Ministerialdirektor de Haas, Botschafter Legationsrat Graf Zattenbach, Ministerialrat Baron von Heune, Oberstleutnant von Hindenburg, Legationsrat Dr. Grobba und Vertreter von der Schulenburg teilnahmen. — Am Dienstag will König Feisal von Berlin nach Paris weiterreisen.

Der Zwischenfall von Tanga.

Der deutsche Konsul stellt richtig. — Bericht an das Auswärtige Amt.

— Berlin, 11. August.
Der deutsche Konsul in Nairobi, Dr. Speiser, zu dessen Amtsbezirk die frühere Kolonie Deutsch-Ostafrika gehört, hat dem Auswärtigen Amt telegraphisch einen Bericht über den angeblichen Zwischenfall zugehen lassen, der sich nach englischen Blättermeldungen während der Anwesenheit des deutschen Kreuzers „Karlsruhe“ in den afrikanischen Gewässern in Tanga ereignet hat. Daraus ergibt sich, daß die Meldung der „Daily Mail“ von einer Herausforderung der Engländer durch die Deutschen die Dinge entsetzt widergegeben hat.

Im übrigen wird die Hege der „Daily Mail“ auch durch einen Bericht entlarvt, den die Londoner „Times“

über den Zwischenfall veröffentlicht. Danach hat die deutsche Kolonie in Tanga anlässlich des Besuchs des Kreuzers „Karlsruhe“, wie das in solchen Fällen üblich ist, ein Fest veranstaltet. Bei dem anschließenden Zapfenstreich marschierte eine Abteilung der Besatzung des Kreuzers, etwa 30 Mann, mit der Kapelle einmal vor dem Hotel auf und ab. Im Verlauf des Abends wies der Provinzialkommissar die Polizei an, die Bar des Hotels, in dem das Fest stattfand, vorzeitig zu schließen. Als der Konsul sich nach dem Grunde erkundigte, erklärte der Kommissar, daß er den Vorbeimarsch als eine militärische Veranstaltung betrachte.

Dr. Speiser stützte darauf dem Provinzialkommissar einen Befehl ab und erklärte ihm, der Vorbeimarsch sei keineswegs als eine militärische Veranstaltung gedacht gewesen. Der Provinzialkommissar zeigte sich von der Erklärung befriedigt und ersuchte den Konsul, dem Kommandanten der „Karlsruhe“ seine Glückwünsche zu der ausgezeichneten Haltung der Offiziere und Mannschaften des Kreuzers auszusprechen.

Die Darstellung der „Daily Mail“, nach der Dr. Speiser in der Rede, die er bei dem Fest hielt, die für die Engländer unruhigende Schlacht von Tanga erwähnt habe, sei, wie der Konsul ausdrücklich betont, eine reine Erfindung.

Es handelt sich also um harmlose Vorgänge, die sich überdies — was nachdrücklich unterstrichen werden muß — nicht in einer englischen Kolonie, sondern in einem Land ereignet haben, das nur einer Art Auftragsverwaltung durch England untersteht.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 11. August 1930.

• **Kommunistenüberfall auf Nationalsozialisten.**
In Berlin wurden Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimweg von einer von Kommunisten gestörten Wahlversammlung befanden, von Kommunisten überfallen. Mehrere Nationalsozialisten wurden durch Steinwürfe verletzt; einer von ihnen mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

• **Landtagsbeginn in Preußen auf den 14. Oktober verschoben.** Mit Rücksicht auf die Neuwahlen des Reichstags und die damit verknüpfte wochenlange Tätigkeit aller Abgeordneten in ihren Wahlkreisen soll die Herbsttagung des Preussischen Landtags nicht am 7., wie in Aussicht genommen war, sondern erst am 14. Oktober beginnen.

Neues Gutachten im Phosgenprozeß.

Schwere Vorwürfe gegen die Aufsichtsbehörden.

Im Prozeß der Phosgenbeschädigten gegen den Hamburger Staat liegt jetzt ein zweites Gutachten vor. Darin wird festgestellt, daß besondere Maßnahmen zum Schutze der Allgemeinheit, wie sie für den Fall eines Verlusts des Kessels unbedingt notwendig waren, nicht getroffen worden sind.

Nach am 28. April 1928 sei die lagernde Firma von den Sicherheitsbehörden auf die Gefahr hingewiesen worden. Zusammenfassend stellt der Gutachter fest, daß ein Eingreifen der Sicherheitsbehörden, nachdem die Gefahr der Lagerung bekannt war, dringend geboten gewesen wäre.

Somit kommt auch dieses zweite Gutachten zu einem Vorwurf für die Aufsichtsbehörden, die beschuldigt werden, trotz Kenntnis der Sachlage nicht die ausreichenden Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung erzwungen zu haben.

Rundschau im Auslande.

• In wissenschaftlichen Kreisen wird die Schaffung einer internationalen Bücherei befürwortet, in die die Geschichtsbücher aller Länder eingeordnet werden sollen.

• Mit Hilfe des Erlöses aus der Younganleihe hat Frankreich hochverzinsliche, erst in vielen Jahren fällig werdende Auslandsanleihen in Höhe von bisher 900 Millionen Franken zurückgekauft.

• Im Lahorer Prozeß wegen der 1928 erfolgten Ermordung des englischen Polizeikommissars Saunders, der nicht vom Fleck kommt, sind die indischen Angeklagten in den Hungerstreik getreten.

• Englischen Berichten zufolge hat sich die Lage in dem ehemaligen deutschen Kolonialgebiet Samoa gebessert; man hofft, auch mit der noch unzufriedenen Bevölkerung zu einer Einigung kommen zu können.

Das Schicksal der Familie des Generals Kuntz.

• Die Gattin des deutschen Generals Kuntz, des früheren Generalstabschefs der bolivianischen Armee, ist mit ihrer 20jährigen Tochter auf der Flucht aus Bolivien in New York eingetroffen. An der bolivianischen Grenze sind die Flüchtlinge von Rebellen angehalten worden, die ihnen den Tod androhten. Durch das Dazwischentreten eines Unbekannten konnten sie jedoch im letzten Augenblick entkommen. Die Wohnung des Generals Kuntz in La Paz soll von den Rebellen bis auf die Mauern zerstört worden sein.

Letzte Meldungen.

Hindenburg fährt nach Oberbayern.

— Berlin, 11. August. Reichspräsident von Hindenburg, der auch diesmal seinen Urlaub wieder in Dietramszell verbringt, wird sich heute von Berlin nach München begeben und von dort mit dem Kraftwagen weiter nach Dietramszell fahren.

Beileid zum Tode des Generals Reinhardt.

— Berlin, 11. August. Der Reichskanzler hat, zugleich im Namen der Reichsregierung, der Tochter des verstorbenen ehemaligen Chefs der Heeresleitung, General a. D. Walther Reinhardt, telegraphisch seine aufrichtigste Teilnahme ausgesprochen.

Seedt als Reichskandidat.

— Magdeburg, 11. August. Wie die „Magdeburger Zeitung“ erfährt, hat der ehemalige Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seedt, sich der Deutschen Volkspartei zur Verfügung gestellt. Er wird von dieser Partei als Spitzenkandidat des Wahlkreises Magdeburg, also als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Dr. Kuhlentampff, aufgestellt werden.

Verbandstag der Hausbesitzer in Danzig.

— Danzig, 11. August. Auf dem Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine verlangte der Präsident, Stadtrat Humar, München, daß Hand in Hand mit der Ueberleitung der Wohnungszwangswirtschaft in die freie Wirtschaft die Herabsetzung und Aufhebung der Hauszinssteuer gehen müsse. Was die Verabschiedung der Aufwertungsgesetze durch den Reichstag angehe, so sei die endgültige Regelung des Hypothekarkredit nur möglich, wenn auch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ihr Ende erreiche. Auch im Bauwesen müsse die Zwangswirtschaft fallen. Auf dem Gebiet der Bodenreform lehnte der Redner erneut den Wohnungsheimstätten- und Baulandgesetzentwurf ab.

Flugzeug D 1826 gehoben.

— Stockholm, 11. August. Das in der Döfse verunglückte deutsche Flugzeug D 1826 ist gehoben und nach Westervik eingebracht worden.

Flugzeugunglück in Frankreich.

— Paris, 11. August. Wie Havas aus Antibes gemeldet wird, ist ein Wasserflugzeug beim Landen auf der Reede von Antibes gekentert. Der Pilot ertrank. Die drei Passagiere konnten gerettet werden.

Keine polnisch-litauischen Verhandlungen.

— Kowno, 11. August. Die Litauische Telegraphen-Agentur ist zu der Feststellung ermächtigt, daß der litauischen Regierung von litauisch-polnischen Verhandlungen unter Vermittlung des Vatikans nichts bekannt ist. Die Aufnahme irgendwelcher Verhandlungen mit Polen käme nur nach der Rückgabe Wilnas in Frage.

Angriffe der Afriidis zurückgeschlagen. — 6000 britische Bomben an einem Tage abgeworfen.

— London, 11. August. Nach Meldungen aus Indien besetzte am Sonnabend nachmittag eine starke Abteilung der Afriidis ein als Lageraum benutztes Haus in der Nähe von Peshawar. Erst nach dreistündigen heftigen Kämpfen wurden sie zur Aufgabe dieses Hauses gezwungen. Auch in der Nähe des Forts von Peshawar und entlang der Stadtmauern kam es zu Kämpfen, in denen die Afriidis ebenfalls zurückgeschlagen wurden. Von den britischen Luftstreitkräften, die über 70 Bombenflugzeuge verfügen, sind an einem Tage 6000 Bomben einer besonderen Konstruktion auf die vorrückenden Afriidis abgeworfen worden, ohne daß ihr Vormarsch nennenswert gehindert wurde.

Die bei Peshawar gegenwärtig zusammengezogene britische Truppenmacht ist die stärkste seit langen Jahren. In der Stadt selbst befinden sich zwei englische Infanteriebataillone, ein indisches Infanteriebataillon und eine Panzerwagenkompanie, starke Artillerie, zwei Husarenregimenter und technische Truppen. Diese Truppen werden als völlig ausreichend angesehen, um die Afriidis wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückzuwerfen.

Verschiedenes.

Winterlehrgang für junge Mädchen im Volkshochschulheim Hohenfolms.

Anfang November dieses Jahres beginnt in der Heimvolkshochschule Hohenfolms, Schloß Hohenfolms, wieder ein dreimonatiger Mädchenlehrgang, der bis Ende Januar 1931 läuft. Wie bisher wird auch dieser Lehrgang geistige und praktische Arbeit umfassen. Unterrichtsbereiche sind: evangelische Lebens- und Weltanschauungskunde, Erziehungslehre, Geschichte, Deutschkunde, Kunstbetrachtung; Hauswirtschaft (Anleitung im bürgerl. Kochen und in allen Hausarbeiten), Handarbeiten (Weiß- u. Kleidernähen, kunstgem. Arbeiten). In den Gesamtlehrgang fügt sich ein 10-tägiger Kranken- und Säuglingspflegekurs ein, der von einer Schwester geleitet wird. Anmeldungen und Anfragen richtet man möglichst zeitig an die Heimvolkshochschule Hohenfolms (Post Weglar-Land).

Local- und Provinzialnachrichten.

— Gadderbaum. Die amtliche Verfassungsfeier der Amtsgemeinde Gadderbaum findet heute (Montag) nachmittag um 5 Uhr im Wappenheim statt. Die Gemeinde ist aufs herzlichste eingeladen.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Mittwoch, den 13. August, nachmittags 4 Uhr Mädchenstunde für Kinder mit Lichtbildern. 15 Pf. zur Deckung der Unkosten.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija.

Suche zum 15. Sept. od. später für meine Tochter (21 Jahre), im Haushalt und Nähen erfahren, Aufnahme als

Haustochter

i. g. Hause, z. bes. Ausbildg. im Kochen. Hilfe f. gr. Arb. muß vorh. sein. Boller Fam.-Anschl., Taschengeld. Angebote an G. Wiffer, Norderney, Victoriastraße 7.

Ostseebad Ahlbeck. Park-Hospiz

in vornehmer Ruhe in eigenem Waldgarten liegend, 2 Minuten vom Meer und der großen Promenade, hohe und luftige Zimmer, behagl. Gesellschaftsräume. Gewissenhafte Verpflegung bei mäßigen Preisen. Prospekte.

Südamerik. Maté Paragaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.
Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen, Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

1x täglich

nehme man bei Magenbeschwerden, Sodbrennen, Magensäure nur Kaiser-Natron. Höchste Reinheit garantiert. Sie werden erstaunt sein über die gute Wirkung. Grüne Original-Packung, niemals lose, in den meisten Geschäften. Rezept gratis. Arnold Holste Wwe., Bielefeld. (2-47)

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg